

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXIV/66

Bonn, den 8. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 | <u>Übergeschnappt?</u> NEUES DEUTSCHLAND und Kurt Geckler | 23 |
| 1 | <u>Finnlands Kommunisten...</u> ...wehren sich gegen Stalinisten | 25 |
| 2 - 3 | <u>Die Gesamtschule - leistungsfähig -</u> <u>leistungsgerecht - modern</u> Ausdruck fortschrittlicher Bildungspolitik Von Herbert Bermeitinger | 79 |
| 4 - 5 | <u>Werden Wilsons Kritiker zurückkommen?</u> Labour hat noch zwei Amtsjahre Von Hans Joachim Werbke, London | 71 |

Übergeschnappt?

NEUES DEUTSCHLAND und Kurt Gscheidle

sp - Das Zentralorgan der kommunistischen SED, NEUES DEUTSCHLAND, behauptete am vergangenen Wochenende, der ursprünglich für das Amt des DGB-Vorsitzenden vorgesehene sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Kurt Gscheidle sollte von der SPD in den DGB "eingeschmuggelt" werden, um "auch den DGB der CDU/CSU-Politik unterzuordnen". Außerdem sei Gscheidle "beauftragt" gewesen, "die Demokratie innerhalb des DGB zu zerstören". Auf diese Weise sollte "die selbständige Klassenorganisation der Arbeiter in ein Instrument der Monopole über die Arbeiter" umgewandelt werden.

An der Primitivität von Kommunisten scheint sich nichts geändert zu haben. Als z. B. Tito Jugoslawiens Selbständigkeit gegenüber Stalin erhalten wollte, nannte man ihn einen "Verräter, Agenten des amerikanischen Imperialismus und Kriegstreiber". Einige Jahre später wurde Tito in Moskau als "Freund der Sowjetunion" dekoriert. Je nach Bedarf werden auch Sozialdemokraten als "Hauptfeinde des Sozialismus", als "Sozialfächisten" oder gar als "Zutreiber des Kapitalismus" bezeichnet. Daß es innerhalb einer Sechsmillionen-Organisation wie dem DGB die Möglichkeit des offenen Austragens von Meinungsverschiedenheiten gibt, kann man sich in der Redaktion von NEUES DEUTSCHLAND überhaupt nicht vorstellen. Nur so ist das Überschnappen von Kommentatoren zu begreifen, deren Hauptaufgabe es zu sein scheint, einen immer noch schrecklicheren "Feind" zu entdecken. Das Wort Verkleinerung reicht für einen solchen Zustand nicht mehr aus.

+ + +

Finlands Kommunisten wehren sich gegen Stalinisten

sp - Die beschwörenden Ermahnungen des sowjetischer Delegationsführers auf dem Parteitag der finnischen Kommunisten in Helsinki, doch die Einheit zu bewahren, da der Kommunismus vor schweren internationalen Problemen stehe, fanden bei den Delegierten keine Resonanz. Es kam zum offenen Bruch. Eine beachtliche Mehrheit entschied sich für einen nationalen und friedlichen Weg zum Sozialismus in Finnland unter strikter Beachtung der parlamentarischen Spielregeln. Die Stalinisten sehen darin einen "Verrat" und zogen daraus die Konsequenzen. Sie werden noch in diesem Monat eine eigene Partei gründen, was nicht ohne Folgen für die finnische Innenpolitik bleiben dürfte, sind doch die Kommunisten in Finnland eine Regierungspartei. Aber noch schwerer ist das Dilemma für Moskau. Die Mehrheit der finnischen Kommunisten, von der Stalinisten als "Revisionisten und Aufweichter" beschimpft, hat wie viele andere kommunistischen Parteien die Vergewaltigung der CSSR verurteilt und sich damit in Gegensatz zur Sowjetunion gesetzt. Wird sich nun Moskau für die finnischen Stalinisten oder Revisionisten entscheiden? Wie auch immer die Entscheidung ausfallen mag, so ist doch wohl nicht anzunehmen, daß zwei kommunistische finnische Parteien auf dem vom Kreml mit Eifer betriebenen kommunistischen Weltkongreß vertreten sein werden. Man sieht, der Kommunismus sowjetischer Prägung macht schlimme Zeiten durch. Moskau ist im Begriff, auch treueste Freunde zu verlieren, zählte doch die finnische KP zu den verlässlichsten Stützen der Männer des Kremls. Die Spaltung der finnischen KP ist ein hoher Preis, den die Sowjetunion für die Invasion der CSSR zu zahlen hat. Das finnische Beispiel wird noch Schule machen.

+ + +

Die Gesamtschule - leistungsfähig - leistungsgerecht - modern

Ausdruck fortschrittlicher Bildungspolitik

HB-ler - Im Mittelpunkt der Vorschläge, die der Bildungspolitische Ausschuß beim Parteivorstand der SPD vorgelegt und zur Diskussion gestellt hat, steht die Gesamtschule, also jene Schulform, in der die Schüler nach der gemeinsamen Grundschulzeit nicht mehr in unterschiedliche Schulen gehen (Hauptschule, Realschule, Gymnasien)

In Hessen - und einigen anderen Ländern - werden die ersten Gesamtschulen bereits entwickelt, und zwar werden sie, wie Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte kürzlich ausführte, "in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Schulen und unter wissenschaftlicher Kontrolle". In wenigen Jahren wird also über die Gesamtschule nicht nur theoretisch diskutiert werden, vielmehr wird auf entsprechende praktische Erfahrungen in Hessen und in anderen Bundesländern verwiesen werden können.

Was aber sind Gesamtschulen, wird nach wie vor gefragt von Bürgern, die sich noch nicht aktiv an der bildungspolitischen Diskussion beteiligen. Das System Gesamtschule bedeutet, daß alle Kinder gemeinsam in eine Schule gehen, die aber durch differenzierten Unterricht jedem Schüler den Bildungsgang eröffnet, der seiner Leistungsfähigkeit und seinen Interessen am meisten entspricht.

Kernstück des Modells der integrierten Gesamtschule ist die differenzierte Mittelstufe. Hier werden die Schüler teils gemeinsam, teils getrennt unterrichtet. Im gemeinsamen Kernunterricht (etwa in den Fächern Deutsch, Politische Bildung, Sport, Religion) sollen die Kinder das Bewußtsein erhalten, gleichberechtigte Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu sein. Im Kursunterricht sollen in verschiedenen Niveauebenen (etwa in Mathematik und den Fremdsprachen) die leistungsstärkeren Schüler die Chance intensiver Arbeit, die normal und langsamer fortschreitenden Schülern einen ihrem Lernfortschritt angepaßten fördernden Unterricht erhalten. Wahlkurse sollen allen Schülern die Möglichkeit geben, ihre besonderen Interessen zu entfalten. Dieses bewegliche System von gemeinsamem Kernunterricht und nach Leistung oder Interesse differenzierter Kursunterricht soll dreierlei erreichen: soziale Integration, bessere Förderung der weniger rasch lernenden Schüler, besondere Berücksichtigung der Hochbegabten.

Die differenzierte Mittelstufe scheint nach den Ergebnissen der modernen Pädagogik, Psychologie und Soziologie die beste mögliche Form der Schulorganisation zu sein. Die Schulentwicklung auf der ganzen Welt geht in die Richtung dieses Modells.

Für die Gesamtschule ist ein hohes Maß von Differenzierung charakteristisch, so daß neben ihr das traditionelle Schulsystem als ein System der "abgestuften Gleichmacherei" erscheint. Sie kann sich diese Differenzierung erlauben, da sie sich auf einer breiten Basis der Gemeinsamkeit erhebt. In der Gesamtschule werden nicht nur die langsamer Lernenden Schüler gefördert, auch die Hochbegabten kommen eher zu ihrem Recht: Durch die Auflösung der Jahrgangsklassen haben sie die Möglichkeit des rascheren Fortschritts, und durch die Bildung besonderer Leistungskurse können sie ihre Fähigkeiten vertiefen.

Die Gesamtschulen ermöglichen eine konsequente Verwirklichung des Bürgerrechts auf Bildungsdenn sie heben eine aus vergangener Epochen stammende und vielfach sozial ungerechte Trennung in einem Schulsystem auf, in dem bereits dem Zehnjährigen durch ihre Eingliederung in die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium die Zukunft vorgezeichnet wurde. Das hat bislang nicht nur zur sozialen Ungerechtigkeiten geführt, sondern vielfach wurden auch soziale Begabungen nicht erkannt. Aber: Die Welt von morgen braucht jede Begabung! In den Gesamtschulen wird durch differenzierte Unterrichtsformen ein breites Wahlangebot zur Weckung von Begabungen beigetragen. Eine sorgfältige Leistungsmessung in der Gesamtschule hilft dem einzelnen Kind zu gerechter Beurteilung.

Solche Schulen sind nicht nur fortschrittlich, sondern sie sind auch der Ausdruck einer modernen, demokratischen und sozialen Bildungspolitik. Es gilt als wissenschaftlich erwiesen, daß sich Begabungsart und -richtung bei Zehnjährigen noch nicht klar erkennen lassen. Über den Bildungsweg entscheidet heute deshalb nicht die vorhandene Begebung, sondern im wesentlichen der Bildungswille und die Bildungstradition des Elternhauses. Dadurch werden Kinder aus sozial und bildungsmäßig schwächeren Elternhäusern von vornherein benachteiligt, weil ihnen das herkömmliche Schulsystem ohne häusliche Förderung ungünstigere Erfolgchancen bietet.

Diesen Nachteilen begegnet die Gesamtschule. Hier findet keine vorzeitige Entscheidung über den endgültigen Bildungsweg statt, sondern alle Kinder werden nach ihren Fähigkeiten und Neigungen gefördert, wobei es keinen Unterschied zwischen volkstümlicher und theoretischer Bildung gibt, sondern eine weiterführende wissenschaftliche Bildung für alle Kinder.

Werden Wilsons Kritiker zurückkommen?

Labour hat noch zwei Amtsjahre
Von Hans Joachim Werbke, L o n d o n

Drei Unterhaus-Nachwahlen in den vergangenen Wochen endeten erwartungsgemäß mit Erfolgen der Konservativen. Brighton und Westonsuper-Mare sind schlechthin nicht zu erobernde Tory-Stammwahlkreise; Walthamstow-Ost, bei London, kann schwankende Mehrheiten bringen. Daß die Labourparty es sich 1966 eroberte, war am Rückgang der konservativen Stimmen 1959 und 1964 vorhersehbar gewesen; mit der Rückeroberung seitens der Konservativen ist also kein großer Blumentopf zu gewinnen. Dennoch tut die Oppositionspartei so. Mit der schneidenden Arroganz, die schon den Jungkonservativen auf den Parteitagen so glatt von den Lippen geht, sagte Parteibürovorsteher Anthony Barber: "Wieder einmal hat das britische Volk gezeigt, daß es die Diät des Desasters und des Trübsinns satt hat... Es ist Zeit, daß die Regierung zum Zeichen der Aufgabe das Handtuch in den Ring wirft..."

So triumphal ist freilich der Torsieg nicht, wie diese Erklärung für den Hausgebrauch ihm macht. Selbst ein Nachwahlsieger wie der frühere Luftfahrtminister Julian Amery müßte sich in Brighton mit fünftausend konservativen Stimmen weniger zufrieden geben, als sie sein Vorgänger hatte. Das Desinteresse an den parteipolitischen Auseinandersetzungen ist allgemein verbreitet; jedoch trifft es Labour empfindlicher und in größerem Maß. Die Abnutzung durch das Amt spürt die Regierungspartei, die Opposition hat den Gewinn.

Den Gründen für die Flaute bei den Labourwählern ist unlängst das von der Partei früher oft beschäftigte Markt- und Meinungsforschungsinstitut von Mark Abrams nachgegangen, und "Socialist Commentary", das monatliche Sprachrohr für den gemäßigten Sozialismus - etwa Mitte/Links in der Labourparty - hat sie veröffentlicht. Das Untersuchungsergebnis über Stimmung und Abstimmungsabsichten speziell von Labourwählern der 68er Wahl stützt sich auf 933 Befragungen in sechszehn englischen und 600 Interviews in schottischen Wahlkreisen, vorgenommen Ende November-Anfang Dezember letzten Jahres, als die Regierungspartei so etwas wie eine Talsohle erreicht hatte.

Die am wenigsten schmeichelhafte Ziffer der Umfrage: 47 Prozent bekannten, sie würden das nächste Mal nicht wieder Labour wählen. Schwacher Trost für Harold Wilson: nur jeder sechste beabsichtigt, zu den Tories überzulaufen; jeder vierte bezweifelt, daß eine konservative Regierung die Sache besser machen würde.

Der Grund für die Desertion im großen Stil ist laut Dr. Abrams "in den außerordentlich hochgeschraubten Anfangserwartungen" zu sehen. Typische Antwort der Befragten: "Nichts im besonderen; wir haben nur gedacht, alles würde anders werden." Eine gute Zensur bekommt die Regierung nur beim Stichwort "Verbesserung der Wohlfahrtseinrichtungen". Deshalb hofft die Parteizentrale auch, daß sich die Wähler im entscheidenden Wahlgang nicht von augenblicklichen Erwägungen in ihrer Stimmabgabe beeinflussen lassen, sondern von einer Prüfung der Summe dessen, was den einzelnen angeht. Obenan stehen - und daran wird sich wenig ändern - die "Einkaufstaschen"-Probleme. Die Liste der Rügen der Wählerschaft für Versäumnisse der Regierung ist sehr bezeichnend:

1. Versprechen nicht eingehalten;
2. Preise nicht niedrig gehalten;
3. Streiks nicht vermindert;
4. Britanniens Stellung in der Welt nicht verbessert;
5. Mieterhöhungen nicht kontrolliert;
6. Lebensstandard nicht angehoben-...

Als besondere Gefahr wird dem Meinungsforscher Dr. Abrams klar, "daß die Deserteure jetzt auf wackeligen Beinen stehen - sie scheinen sich von der Politik ganz abwenden zu wollen..." Dies Ergebnis bestätigen die letzten Nachwahlergebnisse: Wahlbeteiligung 45%! Während des kurzen Wahlkampfes kam es zu hässlichen Entartungserscheinungen. Mitglieder der "Nationalen Front", einer rechtsradikalen Gruppe mit nazistischen Tendenzen, stürzten eine Versammlung der Labourparty. Ex-Commonwealthminister A. Bottomley wurde in den Unterleib getreten, Verteidigungsminister D. Hesley mit Mehltüten und Tomaten bombardiert.

12 Sitze hat die Regierungspartei seit ihrem Wahltriumph von 1966 an die Konservativen verloren, je einen gewannen die Nationalisten von Schottland und Wales. Noch fünf Nachwahlen stehen aus. Zweimal wird in "sicheren" Torykreisen gewählt; dreimal in Bezirken, die jetzt die Labour hält. Viel Hoffnung, daß Labour schon dabei die Kurve zum Besseren kriegen kann, besteht nicht. Zwei Jahre kann Harold Wilson mit dem Ansetzer von allgemeinen Wahlen noch warten. Der letzte Märztag 1971 ist für ihn der letztmögliche Termin. Die zwei Jahre braucht er aber auch, um das Heft zu wenden und die Chancen für eine Mandatserneuerung zu verbessern.